

PRESSEMELDUNG

1. April 2019

MIT fordert Ausweitung des Emissionshandels

„Deutsche Klimapolitik braucht Paradigmenwechsel“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) verlangt einen grundlegenden Kurswechsel in der Klimapolitik. Die planwirtschaftliche Förderung alternativer Energien soll durch eine Ausweitung des Emissionshandels auf sämtliche CO₂-emittierenden Sektoren ersetzt werden. Das sieht ein Beschluss vor, den der MIT-Bundesvorstand am Samstag auf einer Klausurtagung in Kaiserslautern gefasst hat.

„Die deutsche Klimapolitik braucht einen Paradigmenwechsel, wenn wir Klimaschutz und Wirtschaftspolitik in Einklang bringen wollen“, sagt MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann. „Unser oberstes Ziel muss es sein, den CO₂-Ausstoß effizient zu reduzieren. Bis uns das weltweit gelingt, müssen wir auf europäischer Ebene mit einer Verknappung des Emissionsrechteangebots voranschreiten.“

Aus Sicht der MIT ist der schon seit 2005 geltende europäische Emissionshandel (ETS) das optimale Instrument zur Erreichung der CO₂-Reduktionen. „Nur wenn Emissionsrechte reduziert werden, wird weniger CO₂ emittiert“, sagt Henning Aretz, Vorsitzender der MIT-Energiekommission. Die wegen der Verknappung steigenden Preise würden dazu führen, dass die effizientesten Maßnahmen zuerst durchgeführt werden. Die Erlöse aus dem neuen Emissionsrechtehandel sollen der MIT zufolge dazu verwendet werden, einen sozialen Ausgleich zu schaffen. „Unser Ziel ist, dass gerade Geringverdiener, Pendler und Mittelständler einen Ausgleich für CO₂-bedingte Preissteigerungen erhalten, beispielsweise durch eine Entlastung bei der Strom- und der Energiesteuer“, so Aretz. Den Vorschlag der Bundesumweltministerin für ein Klimagesetz lehnt die MIT ab. Dieser enthalte planwirtschaftliche CO₂-Vorgaben für einzelne Ressorts und würde weder auf Umsetzbarkeit noch auf Wirtschaftlichkeit achten.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU und CSU (MIT) ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Soziale Marktwirtschaft und für mehr Unternehmergeist in der Politik ein.

Kontakt

Hubertus Struck
Leiter Kommunikation
MIT-Bundesgeschäftsstelle
Schadowstr. 3
10117 Berlin
T: 030 220798-17
M: 0174-1728452

struck@mit-bund.de
www.mit-bund.de